



Aufnahmen aus Afghanistan

Basis von Bündnis90/Die Grünen und SPD fordern Aufnahmezusagen gegenüber gefährdeten Menschen aus Afghanistan einzuhalten

Angesichts der schleppenden Aufnahme von Menschen aus Afghanistan mit Aufnahmezusage fordern die Bundesarbeitsgemeinschaften Migration & Flucht (Grüne) und Migration & Vielfalt (SPD) unmissverständlich die Bundesregierung auf, alle gefährdeten Menschen zügig aufzunehmen.

Nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 versprach die Bundesregierung mehreren Tausend Menschen, die als Ortskräfte mit der Bundeswehr oder Bundesministerien zusammengearbeitet hatten oder die sich durch ihren Einsatz für Frauen- und Menschenrechte oder durch ihre Tätigkeiten in den Bereichen Justiz, Politik, Bildung oder Wissenschaft besonders exponiert hatten und deshalb individuell gefährdet sind, eine Aufnahme in Deutschland. Seitdem hat sich die Sicherheitslage für diese Menschen massiv verschlechtert. Die Taliban unterdrückt Frauen, verfolgt sexuelle, ethnische und religiöse Minderheiten, willkürliche Inhaftierungen, Folter und außergerichtliche Hinrichtungen sind weit verbreitet. Afghanistan ist das einzige Land, in dem Mädchen keine weiterführende Schule besuchen dürfen und Frauen von der Universität ausgeschlossen sind. Frauen müssen in der Öffentlichkeit ihr Gesicht verhüllen und Sprechen ist ihnen verboten.

Es gefährdet Menschenleben, dass auch fast vier Jahre nach Machtübernahme der Taliban mehrere Tausend Menschen mit Aufnahmezusage auf ihre Ausreise nach Deutschland warten müssen. Teilweise hängen diese Menschen seit über einem Jahr in Pakistan fest, wo sie unter schlechten Bedingungen von der Bundesregierung untergebracht und zum Abwarten verdammt sind.

„Wir haben nicht den Eindruck, dass Nancy Faeser und Annalena Baerbock alles Notwendige und Mögliche tun, um diesen Menschen zügig eine Aufnahme in Deutschland zu ermöglichen. Es besteht die ernsthafte Gefahr, dass Menschen verfolgt oder sogar getötet werden, denen eine Aufnahme zugesagt wurde. Nancy und Annalena dürfen nicht als diejenigen in die Geschichte eingehen, die mehreren Tausend durch die Taliban verfolgten Menschen eine Aufnahme zugesagt und diese Menschen dann in Afghanistan und Pakistan ihrem Schicksal überlassen haben“, mahnen Aziz Bozkurt, Bundesvorsitzender der AG Migration & Vielfalt der SPD und Svenja Borgschulte, Sprecherin der BAG Migration & Flucht der Grünen.

Gemeinsam fordern die Sprecher*innen der BAG Migration & Flucht von Bündnis 90/Die Grünen und der Bundesvorstand der AG Migration & Vielfalt der SPD die Bundesregierung auf, ihre Aufnahmezusagen einzuhalten und zügig diejenigen Menschen aufzunehmen, die bereits in Afghanistan und Pakistan auf ihre Ausreise warten.

Für die AG Migration & Vielfalt der
SPD: Stella Kirgiane-Efremidis,
Aziz Bozkurt

Für die BAG Migration & Flucht von
Bündnis 90/Die Grünen: Svenja Borgschulte,
Markus Schopp